

vierteljährlich im Stadt, Kreis- und Nachbarort...

gegründet 1877.



Zu 10paltige Stelle oder deren Raum 10 Pfennig...

Fernsprecher 11.

Schwarzwälder Tageszeitung. für die D.-A.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw.

Nr. 148

Druck und Verlag in Altensteig.

Donnerstag, den 28. Juni.

Amtsblatt für Pfalzgrafenweiler.

1917.

Vergesse Niemand

vor dem 1. Juli die Bestellung unserer Zeitung für das neue Quartal!

Der Krieg.

W.B. Großes Hauptquartier, 27. Juni. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz:

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht:

Bei schlechter Sicht war die Artillerietätigkeit an der Front geringer, als an den Vortagen.

In den Morgenstunden wurden gegen den vorwärtigen Lensbogen angreifende starke englische Kräfte unter schweren Verlusten abgeschlagen.

Bei Fontaine blieben Vorhölzer feindlicher Abteilungen erfolglos. Ebenso scheiterten an mehreren Stellen der Arras-Front Angriffe von Erkundungsabteilungen.

Heeresgruppe deutscher Kronprinz:

Abgesehen von starkem Feuer nordwestlich von Craonne, sowie beiderseits der Straße Corbens-Bermy-sur-Bor hielt sich die Kampftätigkeit im allgemeinen in mäßigen Grenzen.

Heeresgruppe Herzog Albrecht:

Keine wesentlichen Ereignisse.

Ostlicher Kriegsschauplatz:

Südlich der Bahn Lemberg-Tarnopol und an der Karajowa blieb das Artillerie- und Minenfeuer lebhaft.

An der Flota-Lipa brachten wir von einem gelungenen Erkundungsvorstoß mehrere russische Gefangene zurück.

Mazedonische Front:

Im Fernbogen und östlich davon lebte die Feuer-tätigkeit zeitweise auf.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Zimmer noch wird an der englischen Front getastet. Die allgemeine Offensive an allen Fronten dürfte ziemlich nahegerückt sein. Die Londoner 'Times' berichtet jetzt auch darauf vor. Die Verbündeten, so läßt sie sich von ihrem Berichterstatter schreiben, haben die Offensive des Frühjahrjahres mit hochgepannten Erwartungen eingeleitet, auf welche die späteren Ereignisse jedoch einen Schatten geworfen haben.

'Mitschenta Wedomost' teilt das Gerücht mit, daß sich das französische Hauptquartier gegen die Sendung weiterer russischer Verstärkungen an die französische, belgische und Salonikfront ausgesprochen habe.

Aus Amsterdam wird gemeldet: Major Theodor Roosevelt und Kapitän Archibald Roosevelt, die Söhne des Ex-Präsidenten, sind nach Frankreich abgereist, um sich den amerikanischen Streitkräften anzuschließen.

Nach einer Mitteilung des Pressebureaus des französischen Kriegsministeriums hat die gesamte Kriegsfront gegenwärtig eine Länge von 4340 Kilometer, die sich wie folgt verteilt: Belgien 65 Kilometer, Frankreich 730 Kilometer, Italien 425 Kilometer, Rußland 1700 Kilometer, Rumänien 420 Kilometer, Serbien und Montenegro 1000 Kilometer, Ägypten 200 Kilometer.

Die edlen Freunde.

Aus Stockholm wurde gemeldet, daß in einer geheimen Sitzung schwedischer Bankdirektoren beschlossen worden sei, von Rußland nur noch Zahlungen in sofort zahlbaren Schecks anzunehmen, dagegen die Annahme von Wechseln zu verweigern.

Man kann diese vöthlich auftretende Erscheinung nun nicht für sich allein betrachten, sondern sie ist nur ein Symptom für die Tatsache, daß Großbritannien und Frankreich kein Interesse am Fall des russischen Rubelkurses mehr betätigen.

Der Grund hierfür ist, daß die Finanz der Vereinigten Staaten einhalten und Sähen des russischen Rubelkurses nicht will. Die amerikanischen Finanzgruppen, welche bekanntlich die Politik der Vereinigten Staaten überhaupt leiten, wollen mit ihrem Druck auf den Rubelkurs und durch dessen Folgen zunächst die russische Finanz in Bedrängnis versetzen und erreichen, daß sie sich gezwungen fühlt, sich ganz auf die angelsächsischen Mächte und deren Bundesgenossen zu stützen.

Seit Jahrzehnten ist die britische Finanz- und Industrie daran, das russische Reich planmäßig 'friedlich zu durchdringen' und seiner wirtschaftlichen und politischen Selbständigkeit zu berauben.

Amerika ist später auf den Plan getreten und versucht nun mit ungeheuren Mitteln und aller, reichlich zur Verfügung stehenden Mühsallosigkeit die Zeiterversäumnis nachzuholen. Hauptächlich ist es den Amerikanern um die Ausbeutung der russischen Bodenschätze zu tun. Die Möglichkeit, diese sehr billig zu erwerben, wächst mit dem Sinken des Rubelkurses.

Es liegt auf der Hand, daß diese Seite der russischen Zustände sich immer ungünstiger für Rußland gestalten muß, je länger die Zustände dauern. Vom russischen Standpunkte gesehen, wäre es richtig, ja das einzig richtige, Frieden zu schließen, um Politik und Wirtschaft in Ordnung zu bringen. Wie weit das freilich noch möglich wäre, muß dahingestellt bleiben.

Die Ereignisse im Westen.

Der französische Tagesbericht.

W.B. Paris, 27. Juni. Heeresbericht von gestern nachmittag: Gegen Ende des gestrigen Tages unternahm unsere Truppen einen glänzenden Angriff nordwestlich von Durbelle gegen den vom Feind stark ausgebauten Vorposten. Alle unsere Ziele wurden erreicht.

Schlechte unterkühlt wurden, wurden durch unser Feuer gebrochen. Der durch die Pöbelhäre des Angriffs überraschte Feind erlitt erhebliche Verluste. Er ließ mehr als 300 Gefangene, darunter 10 Offiziere, in unseren Händen.

Abends: Der Tag war ruhig, außer in der Gegend der Mühle von Lauffang, wo der Artilleriekampf ziemlich heftig war und in der Gegend der heftig beschossenen Stadt Reims.

Belgischer Bericht: Das feindliche Feuer auf die Verbindungslinien und die Artilleriekämpfe waren besonders lebhaft in der Gegend von Ramecapelle, Dymuiden, östlich von Paspegale. Dinstag lebhafter Bombenkampf in Richtung auf das Fährmannshaus.

Der englische Tagesbericht.

W.B. London, 27. Juni. Heeresbericht von gestern: Unsere Angriffsziele in den Kämpfen der vergangenen Nacht nordwestlich von Fontaine-les-Craffelles wurden unter geringen Verlusten erreicht. Zwei feindliche, mit beträchtlichen Kräften gemachte Gegenangriffe wurden erfolgreich abgeschlagen.

Ausstände in England.

Kopenhagen, 27. Juni. Karlich aus England eingetroffene Reisende berichten, daß in Liverpool und Manchester auf den Werften und Fabriken Ausstände an der Tagesordnung seien. Der Zäufüberlebe in den englischen Häfen habe in letzter Zeit merklich abgenommen.

Der Krieg mit Italien.

W.B. Wien, 27. Juni. Amtlich wird verkündet vom 27. Juni 1917:

Auf keinem der Kriegsschauplätze Ereignisse von Bedeutung. Der Chef des Generalstabs.

Der Krieg zur See.

Berlin, 27. Juni. Am 22. Februar d. J. sind im Sperrgebiet einige holländische Handelsdampfer, die die für den 17. März freigegebene Ausfahrt aus den englischen Häfen verläßt hatten, versenkt worden.

Berlin, 27. Juni. Der in der Nacht vom 13. zum 14. Juni versenkte englische Hilfskreuzer 'Wenger' war ein Doppelschraubendampfer von 15000 Tonnen, der ursprünglich für den Postdienst zwischen Rußland und Kanada bestimmt war.

Madrid, 27. Juni. Das Tauchboot 'U 52', das wegen einer im Kampf erlittenen Beschädigung den Hafen von Cadix aufsuchen mußte, wird auf Befehl der spanischen Regierung entlassen. Seiner Ausreise steht jedoch nichts entgegen.

Der türkische Krieg.

W.B. Konstantinopel, 27. Juni. Amtlicher Bericht von gestern: Schwarzes Meer: Ein Teil unserer Seestreitkräfte führte vom 23. bis 25. Juni eine Unternehmung nach der russischen Donaumündung aus.



benutzte auf der genannten Insel ein Maschinengewehr und eine Anzahl Waffen, zerstörte feindliche Geschütze und feberte mit 11 Gefangenen an Bord zurück. Auf der Rückfahrt versuchten russische Linienfahrer und Zerstörer unsere Seestreitkräfte abzuschnitten. In dem entscheidenden Gefecht erzielten unsere Streitkräfte auf große Entfernung Treffer auf einem feindlichen Zerstörer. Ein Marineflugzeug warf mit Erfolg Bomben auf ein feindliches Linienfahrer. Unsere Seestreitkräfte und das Flaggenschiff sind unbeschädigt zurückgekehrt. Besonders hat sich Widill (der deutsche Kreuzer „Admiral“) hervorgetan.

Neues vom Tage.

Der Verfassungsausschuss.

Berlin, 27. Juni. Der Verfassungsausschuss des Reichstages ist laut „Vorwärts“ von seinem Vorsitzenden Scheidemann für den 3. Juli einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen die Anträge betreffend die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts in den Bundesstaaten.

Verleihung der Doktorwürde.

Freiburg i. B., 27. Juni. Dem Chef der Militärverwaltung für Kurland, Landrat a. D. v. Gähler, ist von der philosophischen Fakultät in Anerkennung seiner Verdienste um die Verwaltung des besetzten Gebietes im Osten die Doktorwürde honoris causa verliehen worden.

Gustav Schmoller †.

Berlin, 27. Juni. Der bekannte Nationalökonom Professor Gustav v. Schmoller ist heute nacht im Alter von 79 Jahren in Bad Harzburg gestorben. (Schmoller ist 1838 in Heilbronn geboren.)

Nächste deutscher Kriegesgefangener.

Konstantin, 27. Juni. Die Ankunft deutscher Schwerverwundeter aus Frankreich, von denen der erste Transport auf den 29. Juni angekündigt war, erleidet eine Verzögerung, sodass der erste Zug voraussichtlich erst am 10. Juli hier eintreffen wird, da die französische Militärverwaltung mit den Vorbereitungen zum Austausch noch nicht fertig geworden ist.

Ohne eigene Meinungsäußerung.

Frankfurt, 27. Juni. Die „Frankf. Ztg.“ bringt in ihrer heutigen Nummer folgende Notiz: Aus Gründen, die sich öffentlicher Bekanntgabe entziehen, sehen wir uns veranlaßt, den politischen Teil bis auf weiteres ohne eigene Meinungsäußerung erscheinen zu lassen.

Kriegsrat.

Paris, 27. Juni. (Agence Havas.) In Saint Jean-de-Maurienne (Savoie) fand eine militärische Beratung statt, an der Generalissimo Cadorna, der englische General Redcliffe, sowie die Generale Foch und Vermin teilnahmen. Cadorna und Foch sollen zu einem Einverständnis über die Art der Zusammenarbeit der französischen und italienischen Truppen bei den begonnenen Operationen in Kleinasien und an den heiligen Stätten gekommen sein. Sie prüften auch die Lage, die sich auf dem Balkan infolge der jüngsten Ereignisse in Griechenland ergeben hat, und studierten endlich die Pläne einer allgemeinen Offensive, die die Alliierten jetzt gleichzeitig beginnen müßten, wo es mehr als gewiß scheint, daß Rußland demnächst in der Lage sein werde, auch seinerseits die Offensive zu ergreifen.

Der Fall Grimm.

Stockholm, 27. Juni. Nationalrat Grimm hat an den Stockholmer Bürgermeister Lindbom einen Brief

geschrieben, in dem er zugibt, das bekannte Telegramm Hoffmann sei die Antwort auf eine von ihm (Grimm) durch Vermittlung der schweizerischen Gesandtschaft an Hoffmann gerichtete Anfrage sei. Er habe allgemein um Mitteilungen über die belagerten Kriegsziele der Regierungen der Mittelmächte angefragt, nicht um bestimmte Kriegsziele oder Bedingungen für einen Frieden. Eine frühere Verständigung zwischen Hoffmann und Grimm habe nicht stattgefunden. Die gegenwärtigen Zustände in Rußland seien unhaltbar und ohne eine vollständige Katastrophe sei die Reorganisation nicht möglich. Nur durch schnellen Friedensschluß sei die Revolution zu retten. (Also zuerst zeigt Grimm die deutsche Regierung der unbefugten Ausnützung seiner von ihm angeregten Verbindung mit Hoffmann, dann leugnet er jede Verständigung mit Hoffmann ab und endlich gesteht er sie zu, er will aber nur um etwas gefragt haben, was schon jedem bekannt war. Und dazu bedurfte er des ganzen amtlichen Apparats. Mit seinen Widersprüchen wird sich Grimm nicht mehr aus der Affäre retten können; er wird selbst in den Schlingen hängen bleiben. Es wird zunächst festzustellen sein, ob die Ausweisung aus Rußland nicht eine bloße Komödie ist. D. Schr.)

Bern, 27. Juni. Der Bundesrat hat den Dr. Hoffmann um einen eingehenden Bericht über den Fall Grimm ersucht. Man vermutet, daß der Schlüssel der Geheimchrift der schweizerischen Gesandtschaft gefunden worden sei.

Berlin, 27. Juni. Die „Norddeutsche Allgem. Ztg.“ schreibt: Das von der Entente im Interesse der Kriegsveränderung im Umlauf gesetzte Schlagwort von der deutschen „Friedensnotlage“ wird jetzt durch die Pariser Meinungen über eine deutsche politische Kampagne unterstellt, über die der französische Ministerpräsident im Kammervorlesung Dokumente vorgelegt haben soll. Die Dokumente sollen auf den Fall Hoffmann Bezug haben. Nachdem durch die Erklärungen Hoffmanns völlig klar gestellt wurde, daß sein Schritt aus reiner Initiative hervorgegangen ist, können die Pariser Anstrengungen nur den Zweck haben, negative Persönlichkeiten, die aus menschenfreundlichen Motiven auf die Beendigung des Krieges hinarbeiten, durch Terrorismus von sich fernzuhalten. Was die Pariser Meinungen über die deutsche Regierung angeht, so ist eine Erklärung, offenbar will Rußland durch die Produktion angeblicher Dokumente über eine deutsche Friedensnotlage die Frage nach den geheimen Abmachungen über die Kriegsziele der Entente in den Hintergrund schieben.

Bundesrat Ador.

Berlin, 27. Juni. Nach seiner Wahl hielt Bundesrat Ador, der bekanntlich Vorsitzender des Zentralkomitees vom Neuen Kreuz ist, eine Rede, in der er versicherte, er sei entschlossen, gewissenhaft alle Pflichten zu erfüllen, die eine loyale Neutralität dem Schweizerland auferlege. Er werde aber auch die Rechte des Staates und der Eidgenossenschaft zu verteidigen wissen.

Athen, 27. Juni. Im Epirus ist eine Grenze festgesetzt worden zur Abtrennung der von den Italienern besetzten und derjenigen Gebiete, die der Verwaltung der griechischen Nationalregierung unterstehen. Venizelos hat also die Besitznahme von Epirus durch Italien anerkannt.

Frankzösische Abteilungen besetzen verschiedene Punkte der Hauptstadt.

Aus Spanien.

Madrid, 27. Juni. Ministerpräsident Dato hat erklärt: Die Minister haben die äußersten Maßnahmen ergriffen, um die öffentliche Ordnung und Ruhe zu bewahren. In der früheren Politik haben sie ebenfalls die nötigen Maßnahmen getroffen. Wir denken nicht daran, unsere Neutralität aufzugeben; deshalb müssen aller Spanier uns unterstützen. Der Ministerpräsident ver-

suchte Schlimmes, auf der ganzen Halbinsel Ruhe herrsche. Ein Ministerrot werde am Mittwoch in Madrid zusammentreten.

Kritische Lage in England.

London, 27. Juni. Lord Rhonada, der neue Kontrollleur, beabsichtigt die Festlegung von Steuern auf der „Grundlage der gegenwärtigen Preise“ anzuschlagen, der vor dem Krieg üblichen Gewinne. — Der „Manchester Guardian“ weist darauf hin, wie ernst die Regierung die Lage der englischen Baumwollindustrie ansehe. Das ergebe sich aus der zeitweiligen Schließung der Baumwollbörsen in Liverpool, und darauf, daß die Vertreter der Baumwollindustrie des ganzen Landes und der in Frage kommenden Arbeiter zu einer Besprechung einberufen worden seien. — Eine Versammlung des britischen Bergmannsverbandes, des Eisenbahnbundes und des nationalen Transportarbeiterverbandes nahmen Stellung gegen die allmähliche Einführung der Industriedienstpflicht und gegen die Bestrebungen, den Einfluß der Gewerkschaften zu hemmen.

Petersburg, 27. Juni. Der russische Lebensmittelkontrollleur Leischonoff hat dem allrussischen Kongress einen sehr dürftigen Bericht über die Lebensmittelfrage erstattet.

Petersburg, 27. Juni. Der Justizminister hat ein Gesetz gutgeheißen, das Frauen ermächtigt, vor Gericht die väterliche Gewalt auszuüben. — Der Minister des Innern hat einen Gesetzesentwurf über die Gewissensfreiheit vorgelegt, wonach der Glaubenswechsel durch mündliche Erklärung vor den betreffenden Geistlichen oder religiösen Gemeinschaften stattfinden soll. Der Glauben der Unmündigen bis zu 9 Jahren wird von den Eltern bestimmt.

Landtag.

Stuttgart, 26. Juni.

180. Sitzung der Zweiten Kammer.

Bei der Fortsetzung der Staatshaushaltsberatung führte Abg. Graf (Zg.) aus: Auf dem Wege einer weiteren Milderung der Volksteuerung bei der inneren Verwaltung könnten seine Freunde dem Abg. Köstling folgen. Bei der Besetzung der Ministerstellen durch Angehörige einzelner Parteien werde es nur schlimmer, statt besser werden. Bei der Vergabung der Beamtenstellen sei Parteilichkeit in der Konfession und hinsichtlich der Parteizugehörigkeit zu verlangen. Es sei zu begrüßen, daß auch die Sozialdemokratie sich der Macht des Augenblicks nicht verschließen habe; wenn aber die Regierung es für notwendig halte, der Sozialdemokratie dafür durch Zusagen dankbar entgegenzukommen, dann könnten die anderen Parteien beanstanden, daß auch ihnen gegenüber dasselbe Verfahren eingehalten werde. Eine Prüfung der Frage einer Aufhebung der Reservierungen behalte sich seine Partei vor. Die Schuld am Krieg schiede die Sozialdemokratie auf die Alldeutschen. Wer aber habe das Ansehen Deutschlands im Ausland mehr untergraben als die Sozialdemokratie und wo bestünde die Arbeiterschaft mehr soziale und mehr politische Rechte als in Deutschland?

Präsident v. Kraut wies den Vorwurf zurück, daß dem Finanzkommissionar zu wenig Zeit für die Beratung eingeräumt worden sei. Die Fraktion für den Auschuß sei u. a. aus dem Grunde erfolgt, weil in der letzten Sitzung mit Recht Klagen von allen Parteien darüber geführt worden seien, daß viel zu viel in den Auschuß verlegt werde und daß bei den Verhandlungen im Plenum man genötigt sei, besonders rasch vorzugehen. Es sei von den verschiedensten Rednern darauf hingewiesen und freudig begrüßt worden, als eine Folge des großen Krieges, daß die Parteien sich innerlich mehr als es früher der Fall gewesen sei, genähert hätten; er wäre noch mehr erfreut, wenn dieses innere Verhältnis in den Formen der Politik etwas deutlicher zum Ausdruck gebracht würde.

Abg. Westmeyer (Soz. Bgg.) stellte das, was er ausgeführt, als die Überzeugung von Millionen von Volksgenossen hin. Um die Art der Politik des Ministers des Innern zu kennzeichnen, zitierte ihn (dem Redner) jeder parlamentarische

Erreichtes Ziel.

Roman von E. Waldbrühl.

(Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Ich kann mir wohl denken, was für ein verdugtes Gesicht Sie gemacht haben, als Ihnen der Potentat die unerwünschte Aufklärung zuteil werden ließ! Es muß sehr dröckig gewesen sein.“

„Für einen andern — vielleicht. Für mich war es ein recht trauriger Augenblick, dessen dürfen Sie versichert sein, Baronesse!“

„Natürlich — und ich würde auch nicht darüber lachen, wenn ich nicht später alles so gut für Sie gewendet hätte. Wegen vergangener und vergessener Leiden braucht man sich doch keine grauen Haare mehr wachsen zu lassen — nicht wahr? Aber, um auf unser voriges Thema zurückzukommen: haben Sie denn gar keine Lust, jetzt doppelt und dreifach nachzuhaken, was Sie früher verstimmt haben? Das Reiten zum Beispiel! Ich habe mir erzählen lassen, daß die Pferde meines Onkels noch immer in den Eichenhagener Stallungen stehen. Da hätten Sie doch die schönste Gelegenheit, Unterricht zu nehmen und die Herrlichkeiten eines Sports kennenzulernen, dem ich kein anderer vergleichen laßt. Ach, wie glücklich wäre ich, wenn ich wieder wie dereinst an jedem Morgen in den Sattel steigen dürfte!“

„Und was hindert Sie daran, mein gnädigstes Fräulein? Vorausgesetzt, daß ein geeignetes Pferd vorhanden ist. — Und sollte es nicht vorhanden sein, so werde ich noch heute Sorge tragen, daß eines beschafft wird.“

„Mit einer etwas theatralischen Gebärde erhob sie wie zur Abwehr beide Hände.“

„Um des Himmels willen, hören Sie auf! Man soll einem Hungrigen nicht zur Tafel laden, wenn man im voraus weiß, daß er gezwungen ist, die Einladung abzulehnen!“

„Was aber zwingt Sie dazu? Nach meinem Empfinden haben Sie auf die Reispferde Ihres verstorbenen Oheims ein viel besseres Recht als ich. Und Sie würden mir mit der Annahme meiner Bitte überdies eine achtungsvolle Freude bereiten.“

„Aber Helga schüttelte den Kopf.“

„Das ist sehr lieb von Ihnen. Und wenn es nur auf

mich allein ankomme — wer weiß, ob ich dann nicht vielleicht wirklich schwach genug wäre, der lockenden Versuchung zu unterliegen. — Aber meine Mama ist in allem, wobel ihr Stolz in Frage kommt, ganz unbedenklich. Sie haben ja schon gestern zu meinem lebhaften Bedauern eine kleine Probe davon erhalten. Die Zustände, die ihr Eichenhagen bietet, bedeutet nach ihrer Auffassung keine großmütige Gastfreundschaft, sondern ein verdricktes Recht, auf dem sie eigenständig besteht, und von dem sie sich um nichts in der Welt etwas nehmen lassen würde. Darüber hinaus aber nimmt sie nichts an, weil die Vorstellung, daß es als ein Almosen gemeint sein könnte, genügt, sie in helle Empörung zu versetzen. Solche Hoffnungen also, wie Sie sie da in mir wachrufen wollten, muß ich mir wohl vergehen lassen. Und ich muß froh sein, daß ich wenigstens meinen Flügel behalten durfte, der mich über manche trübselige Stunde hinwegtrifft.“

„Und der mir gestern eine der schönsten Stunden meines Lebens bereitet hat“, wogte Herbert zu sagen. „Ich kann es Ihnen nicht in Worten ausdrücken, Baronesse, ein wie köstlicher, auserlesener Genuß Ihr Spiel und Ihr Gesang für mich gewesen sind.“

„Wieder stellte sie sich, als ob sie sehr erschrocken wäre. Sie haben mich müßigeren hören? — O, an diese Möglichkeit hatte ich natürlich nicht gedacht! Ich bitte Sie, mir wegen der Belästigung nicht zu zürnen, und ich werde selbstverständlich künftig nur noch bei geschlossenen Fenstern spielen oder singen.“

Herbert war nicht genug, ihre Worte ernsthaft zu nehmen. „Wie trauriger Miens sah er sie an.“

„Wodurch hätte ich eine so harte Strafe verdient?“ fragte er. „War es allzu dreist, daß ich Ihnen meine Bewunderung und meinen Dank auszusprechen wagte?“

„Zu dreist? — O, im Gegenteil. Sie haben mich damit beschämt! Ich bin doch nur eine ganz unbedeutende, talentlose Dilettantin, und ich kann nicht daran glauben, daß irgend jemand außer mir selber an meinen unbedolfsamen Versuchen ein Vergnügen haben sollte!“

„Dann bitte ich Sie von ganzem Herzen, es mir zu glauben! Ich habe doch keinen Grund, Ihnen etwas vorzugelien! Und ich wäre wohl auch gar nicht geschickt genug dazu. Wie würde ich mir vergehen, daß ich überhaupt von dem herrlichen gestrigen Abend gesprochen habe, wenn Sie wirklich die Grausamkeit hätten, Ihre Drohung wahr zu machen.“

Da lächelte sie ihn an, mit jenem lächeligen, sanftmütigen den Lächeln, das wohl auch einen weniger gläubigen und arglosen Mann, als es Herbert Bohberg war, um alle ruhige Besinnung gebracht hätte.

„Nein, grausam will ich gewiß nicht sein — am wenigsten gegen Sie, von dem ich doch bisher nur Liebes und Freundliches erfahren habe. Und wenn ich Ihnen damit ein bißchen Freude machen kann, werde ich auch weiterhin immer nur bei offenem Fenster müßigeren.“

„An dem Wechsel der Farbe auf seinem Gesicht sah sie, wie glücklich sie ihn gemacht hatte, und damit schien es für heute genug zu sein; denn sie erklärte, daß sie jetzt zu ihrer Mutter müsse, und enteilte mit raschen, anmutigen Schritten.“

„In hundert Variationen aber setzte sie während der nächsten Tage und Wochen das betörende Spiel fort, das dazu bestimmt war, den jungen Schlossherrn rettungslos in ihr Netz zu verstricken. Natürlich erwartete sie, daß soviel ermutigendes Entgegenkommen ihn endlich müde und unternehmender machen würde. Denn sie wollte ihrer Sache ganz gewiß sein, um dann auch ihrem Besten den Augenblick bestimmen zu können, der endgültig über ihre und seine Zukunft entschied. Aber seine Schüchternheit blieb unüberwindlich. Noch immer schien er in ihr weniger ein Weib von Fleisch und Blut, als ein überirdisches Wesen zu leben, zu dem man nicht anders als in scheuer, andächtiger Verehrung emporblicken dürfte. Das langweilte sie auf die Dauer ebensosehr, als es ihr im Anfang geschmeichelt hatte. Sie liebte ihn nicht und sah in Wahrheit vielleicht mit noch größerer Geringschätzung auf seine Niedrigkeit herab als ihre bis zur abernem Dünkelhaftigkeit abstoßende Mutter. Aber seine kraftfrohe Männlichkeit, seine unverbrauchte Frische konnten auf die Dauer doch nicht ohne Wirkung auf ihre Erregbarkeit bleiben. Um so weniger, als er hier in der Eichenhagener Einsamkeit ihren einzigen männlichen Verkehr ausmachte, und als sie daran gewöhnt war, auf ihren Reisen immer einen ganzen Schwarm von Bewunderern um sich zu haben, deren Huldigungen gewöhnlich um so drehtlicher waren, je weniger ernsthafte Absichten sie auf die mittellose Baronesse hatten. Da wurde ihr die Befangenheit dieses allzu bescheidenen und allzu zurückhaltenden Adelters bald zu einer wirklichen Qual, und sie trug gar kein Bedenken, ihn das hier und da auf recht ungewöhnliche Weise merken zu lassen.“

Fortsetzung folgt.

Medien. (Wahlrecht u. Kraut rügt den Ausdruck) Wahlrecht: Seine Freunde und Genossenschaft in Reich und Provinz geben der deutschen Regierung als ganz ehrenwertes Geschenk und die besten der höchsten Lobprüche eingeleitet. Darauf wendet sich Redner wieder gegen seinen früheren Freund Kell.

Auf die Volksbefragung des Abg. Westmeyer entgegen die Minister des Innern und der Justiz.

Abg. Pfleger (Soz.) fand es kleinlich, daß die Regierung wegen geringfügiger Dinge einen so großen Polizeiparagrafen in Bewegung setzte; eine solche Regierung müsse sich auf rechtlichen Pflichten stützen. Der Polizeiparagrafen solle keine Rechte verleihen, sondern müsse seine eigene Pflicht einsehen. Die Tätigkeit der Polizei solle sich mehr gegen den Wucher richten. Wenn der Abg. Graf verlange, daß ein Sozialdemokrat, um eine Beamteneinstellung zu befehlen, auf seine Parteigliedschaft verzichte, so empfinde er (Redner) dies als eine schwere Beleidigung.

Hierzu wurden die Kapitel: „Staatsministerium“ und „Auswärtige Angelegenheiten“ gegen die Stimmen der Sozial. Versammlung genehmigt. Nachdem der zweite Vizepräsident Ehrh. Bergler v. Berglas noch über ein Kapitel des Departmentes des Innern berichtet hatte, wurde die Fortsetzung der Beratung auf morgen 8 Uhr vertagt.

Stuttgart, 27. Juni.
181. Sitzung der Zweiten Kammer.

Department des Innern.

Abg. Dr. Lindemann (Soz.) trat in längerer Ausführungen für eine durchgreifende Vereinfachung unserer ganzen Verwaltungsorganisation ein. Eine Entlastung der obersten Instanzen sei nur möglich durch eine Dezentralisation mit einem Ausbau der Selbstverwaltung; dies würde tragfähige Selbstverwaltungskörper in Bezirk und Gemeinden vorsehen. In diesen Bezirken müsse ein modernes Kommunalrecht möglich sein. Die kleinen Kreise seien unfähig, die modernen Aufgaben der umfassensten Wirtschaftspflege reiflos zu lösen. Die Zahl der Ausschüsse und Gemeinderatmitglieder könnte ohne Schädigung der Gemeindevverwaltung herabgesetzt werden. Auch die Frau habe sich in diesem Kreise das Recht erworben, ihre politischen Ansprüche mehr als bisher geltend zu machen.

Abg. Stiefel (S.K.): Die Beratung der neuen Wegordnung und des Gesetzes über die Gebäudebrandversicherung dürfe nicht auf die lange Bank geschoben werden. Eine Verbilligung des Staatshaushalts erfordere seine Freunde in der Aufhebung der Kreisregierungen nur dann, wenn diese Behörden nicht in Stuttgart als Ministerialabteilung in neuer veränderter und kostspieliger Aufstellung wiedergeboren werden. Auf der Aufhebung und Überwinden hätte das Scharfwerk eines gewissen unheimlichen Umfangs angenommen. Die Zusammenlegung kleinerer Gemeinden sollte nur dann vorgenommen werden, wenn sich die betreffenden Gemeinden damit einverstanden erklären. Die neue Regierung sollte beim Reich vorstellig werden, daß die Klassen aus den Familienunterstützungen möglichst einmal abschlagsweise erlegt werden und daß diese Listen nicht den Amisabrechnungen zur Last fallen.

Abg. Hortenkeim (S.) beantwortete gleichfalls die Zusammenlegung kleinerer Gemeinden in einem größeren Verband. Er meinte, daß Württemberg nach dem Kriege wichtigere Aufgaben zu lösen habe, als durch die neue Wegordnung seine Schuldenlast um weitere Millionen zu vermehren. Da die Dezentralisationsmaßnahmen absolut unzureichend seien, so sollte schon jetzt der entsprechende Gegenstand in Beratung genommen werden.

Abg. Dr. Häbbling (S.K.) trat für eine Vereinfachung der Gemeindeverwaltung ein. Die Kreisregierungen dürften so, wie sie jetzt seien, nicht mehr bestehen bleiben; man müsse sie entweder auflösen oder weiter ausbauen. Daß die Erneuerung der Bauernschulden immer mehr abnehme, sei sehr zu bedauern.

Minister des Innern Dr. v. Fleischhauer: Die Ausführungen des Abgeordneten Lindemann enthalten manche schätzenswerte Anregungen und bewegen sich in der gleichen Richtung wie viele Gedankengänge. Auch die Wünsche der anderen Abgeordneten werden von der Regierung erwogen. Nach der Verabschiedung der Gemeindevorgaben nicht als ein Werk der Vollkommenheit. Aber diese Fragen könnten erst nach dem Kriege in Angriff genommen werden. Auch die Gestaltung des Verwaltungsverfahrens in mancher Beziehung anders zu ändern, Gegenwärtig sei nicht die Zeit, ein so großes Werk wie die Wegordnung in Ruhe zu beraten. Dem Verwaltungsgesetz der Brandversicherungsanstalt werde die Vollmacht erteilt werden, eine entsprechende Erhöhung der Brandentschädigung einzuführen zu lassen, bis der Gegenstand zum Abschluß gebracht werden könne. Er sei mit der Zusammenlegung kleinerer Gemeinden zu einem größeren Verband einverstanden, aber nicht auf Kosten der notwendigen Fällungnahme der Beamten mit der Bevölkerung.

Nach einer kurzen Bemerkung des Abg. Hornung (S. W.) berichtete Abg. Walter (S.) über die Landespolizeizentralstelle und das Kriegsmuseum; die Mittel hierzu lehnte die Sozialistische Vereinigung, wie Abg. Westmeyer bemerkte, ab, weil die Landespolizeizentralstelle ihre Hauptaufgabe darin erblickt, politisch unzuverlässige Staatsbürger zu überwachen, anstatt sich mit dem wichtigeren Gebiet des Kriegsmuseums zu beschäftigen.

Abg. Karle (S.K.) wandte sich gegen die Aufhebung der Landarbeiter durch Flugblätter, das bringe die Ernährung des Volkes in große Gefahr. Die Landarbeiter erhalten bis zu 10 Prozent höhere Löhne als früher.

Abg. Pfleger (S.) protestierte gegen die Bemerkung, daß die Sozialdemokratie die Absicht hätte, die Produktion zu vermindern.

Abg. Andre (S.) brachte Wünsche über eine bessere Wohnungsverhältnisse vor.

Minister v. Fleischhauer sagte mögliche Berücksichtigung der Wünsche zu.

Abg. Graf (S.) und Abg. Baumann (S.) demängelten, daß die berechtigten Bitten und Beschwerden der Landwirte von dem Korpskommando nicht berücksichtigt werden. Man solle den Landwirten endlich Gelegenheit geben, ihre Beschwerden auf gemeinsamen, geordneten Weg vorzubringen.

Minister v. Fleischhauer versprach dafür zu sorgen, daß die Landwirte ihre Wünsche offen und frei ausdrücken dürfen.

Abg. Graf (S.) war der Meinung, daß, wenn der Korpskommandant an der Besprechung über die bevorstehende Organisation der Landwirte teilnehme, diese Besprechung nicht zustande kommen werde. Abg. Mattinat (S.) und Fischer (S.) traten diesen Ausführungen bei.

Abg. Westmeyer (S. W.) und seine Freunde brachten den Antrag ein, die Regierung zu ersuchen, das Landwirtekorps baldmöglichst seines militärischen Charakters zu entkleiden und den Angehörigen des Korps die vollen Rechte eines Staatsbeamten zu verleihen.

Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Nationalliberalen, des Zentrum, des Bauernbundes und der Konfessionellen abgelehnt.

Morgen 8 Uhr nächste Sitzung.

Amtliches.

An die Bezirksangehörigen des O. H. Bezirks Reutlingenstadt

richtet das Kgl. Oberamt folgende Bekanntmachung: Der wilde Handel mit Butter und Eiern nimmt wieder großen Umfang an. In 10 Tagen hat das Oberamt etwa 20 Anzeigen erhalten. Die Verfehlungen haben mit wenigen Ausnahmen Angehörige des Bezirks begangen. Jede Verfehlung hat außer der Strafanzeige und erlagelosen Wegnahme der gehandelterten Lebensmittel Entziehung des Haushaltszunders für einen Monat oder länger zur Folge. Wer handelt und dadurch andere schädigt, kommt selbst zu Schaden. Jeder Bezirksangehörige hat in den letzten Monaten die ihm zustehenden Lebensmittel ohne Schwierigkeit und reiflos erhalten können. Wenn der wilde Handel wieder aufkommen würde, wäre die gleichmäßige Versorgung aller unmöglich. Das Handeln wird deshalb mit allen Mitteln unterdrückt werden. Der Verkehr auf den Landstraßen, Bahnhöfen und Postämtern wird fortwährend überwacht werden; denn jede Art von Beförderung von Eiern, Butter, Fleisch ist nur mit Verkaufsschein gestattet.

Wenn die Entziehung des Haushaltszunders und Befragung nicht wirkt, wird den Handlern und ihren Hintermännern auch der Bezug von Obstleimzunder, Orich und Teigwaren gestrichen werden. Wer auf Schleichwegen gehen will, braucht die öffentlichen Wege nicht auch zu benutzen.

Die Behörde vertritt nicht ihre Interessen, sondern die Interessen der Bevölkerung. Um die Unterstüfung jedes einzelnen Bezirksangehörigen bitte ich, damit der Umfang schleunigst wieder ausgerottet wird.

Verbot der Heuexporte aus dem Oberamtsbezirk Calw.

Das Kgl. Oberamt Calw macht bekannt: Zur Durchführung der Sicherstellung des Heubedarfs der Heeresverwaltung ordne ich hiermit an, daß jeder Verkauf von Heu nach Orten außerhalb des Oberamtsbezirks, sowie jede Ausfuhr von Heu nach diesen Orten mit sofortiger Wirkung zu unterbleiben hat.

Landesnachrichten.

Mittwoch, 28. Juni 1917.

* Das Eisene Kreuz hat erhalten: Herr Jakob Stichel aus Bödingen.

Sammelt Brenneisen! Trotzdem die Anregung zum Sammeln der großen Kesseln im vorigen Jahr sehr spät erging, auch die Witterung zum Trocknen der Stengel nicht günstig war, konnte man mit dem Ergebnis zufrieden sein. Aber bei richtiger Ausnutzung des „Inkraus“ hätte doch mehr als das Doppelte gesammelt werden können. Die Versuche mit der Faser der Kesseln haben ergeben, daß unsere Fabriken imstande sind, aus ihr ein gutes, brauchbares Gewebe herzustellen, das für die ausländische Baumwolle vollständig ersetzt. Und dies ist gut; denn an eine Einfuhr von Baumwolle ist in nächster Zeit wohl nicht zu denken. Bringen wir also die viel geschätzten Kesseln zu Ehren, indem wir durch unsere Kinder sammeln lassen, so viel sie zusammenbringen können. Und zwar jetzt! Gegenwärtig blühen die Kesseln, haben eine Länge von 80—100 cm und mehr; dann fehlen ihnen noch die Seitentriebe, so daß jetzt die Fasern am wertvollsten sind. Nicht vergessen wollen wir, daß die im Juni oder Anfang Juli abgeschrittenen Pflanzen nochmals austreiben und im Oktober einen zweiten Schnitt erdulden. Aber abschneiden muß man die Kesseln, nicht abrupfen! sonst wird der Rest beschädigt. Die Heuernte ist vorüber, Heidelbeeren dürfen vor 5 Juli nicht gesammelt werden. Wie wäre es deshalb, wenn unsere Jugend in ihrer freien Zeit in die Kesseln ginge? Sie kann sich ein nettes Geld verdienen und nicht zugleich dem Vaterland. Mühseligkeiten zum Trocknen stehen zur Verfügung. Der württ. Verein für Nesselanbau wird für zeitige Abnahme der getrockneten Ware besorgt sein. Der Vertrauensmann, Hauptl. Köhler, ist gerne bereit, jede gewünschte Auskunft zu erteilen. Also: alte Handschuhe heraus und Kesseln gesammelt!

Kriegsfürsorge-Versicherung. Die Faser dieses Blattes seien auch an dieser Stelle auf die Kriegsfürsorge-Versicherung aufmerksam gemacht, welche die K. K. Privat-Lebensversicherung-Gesellschaft in Wien (Direktion für das deutsche Reich in Straßburg i. G.) vom Kaiserlichen Aufsichtsrat für das deutsche Geschäftsgebiet genehmigt, eingerichtet hat. Die Versicherung gilt sowohl dann, wenn der Versicherte im Kriege fällt, als den Folgen einer im Kriege erlittenen Verwundung oder erworbenen Krankheit erliegt, wenn er nach Abschluß der Versicherung vermisst wird, wenn er in der Gefangenschaft stirbt, oder wenn ihn endlich nach seiner Rückkehr daheim, vor Ablauf der einjährigen Versicherungsdauer der Tod ereilt. Sofort nach Erbringung des Todesnachrichtes wird die in der Police festgesetzte Versicherungssumme voll ausgezahlt. (Siehe auch Inserat.)

Geringwertige Ledererzsmittel. Wegen des schlechten Zustandes der von der Ledererzgesellschaft gelieferten Ledererzsmittel hat der Rat der Stadt Leipzig sich veranlaßt gesehen, zwei Millionen Holzschlen zu bestellen, die demnach an die Schuhmachereigenschaft zur Verteilung gelangen.

Änderung des Wahlrechts für die deutschen Handwerkskammern. Der geschäftsführende Ausschuss der deutschen Handwerks- und Gewerkekammertages hat beschlossen, der für den September ds. Js.

in Aussicht genommenen gemeinsamen Tagung der deutschen Handwerks- und Gewerkekammern u. a. eine Veränderung des Wahlrechts für die Handwerkskammern vorzuschlagen. Der Kammertag empfiehlt für die Wahlen zur Handwerkskammer die Einführung eines allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts für alle selbständigen Handwerker, die ihren Betrieb gemäß § 14 der Reichsgewerbeordnung angemeldet und mindestens drei Jahre im Kammerbezirk ausgeübt haben. Zur Hebung des Ansehens des Handwerkerstandes sei es notwendig, die Vorbereitung der Durchführung der Wahlen zur Vollversammlung, soweit dieses noch nicht durch die einzelnen Wahlordnungen geschehen ist, den Handwerkskammern zu übertragen.

Heer und Kriegsrente. Das Ergebnis der 6. Kriegsrente-Zeichnung im Feld- und Heimatheer ist außerordentlich erfreulich. Es übertrifft dasjenige der vorhergehenden fünf Kriegsrenten um ein Vielfaches und beträgt nach den bisherigen militärischerseits erfolgten Feststellungen rund 1,3 Milliarden Mark. Hier von entfallen, soweit eine statistische Gliederung sich ermöglichen ließ, rund 0,5 Milliarden auf reine Feldzeichnungen und rund 0,8 Milliarden auf Heimatzeichnungen von Heeresangehörigen. Das endgültige Ergebnis steht noch nicht fest, weil noch täglich bei der Reichsbank Zeichnungen von Heeresangehörigen einlaufen. Mit den Zeichnungen im Heere ist als Gesamtergebnis der 6. Kriegsrente die gewaltige Summe von 1,3 Milliarden Mark erheblich überschritten. Günstig hat sich die im Heere nengeschaffene Einrichtung der Kriegssparmarken und Kriegssparmarken entwickelt. Bis zum 9. Juni wurden im Heere 5,7 Millionen Sparmarken mit Sparmarken im Gesamtwert von 65 255 044 Mark abgesetzt. Neuerdings sind außer den Sparmarken im Betrage von 1, 2 und 5 Mark auch solche von 10 Mark eingeführt worden.

Keine Sammelbüchsen mehr! Der Kleingeldmangel ist auch dadurch verschärft worden, daß an vielen Orten aufgestellte Sammelbüchsen nicht regelmäßig geleert worden sind. Nunmehr sind von verschiedenen Bundesregierungen die Behörden angewiesen worden, für die nächste Zeit, etwa bis zum 1. August ds. Js., das Aufstellen von Sammelbüchsen in Geschäftsbetrieben, Läden usw. zu verbieten und die bisher erteilten Genehmigungen zurückzunehmen. Die aufgestellten Büchsen sind alsbald zu entfernen.

Einschränkung des Elektrizitätsverbrauchs. Wie der Verbrauch des Gases, wird auch der der Elektrizität in der nächsten Zeit eine wesentliche Einschränkung erfahren müssen. Der Verbrauch dieser Kräfte hat in Deutschland ungeheuer zugenommen. Im Jahre 1913 wurden noch 2,6 Milliarden Kilowattstunden verbraucht. Im Jahre 1917 dürfte aber der Verbrauch jetzt schon auf 10 Milliarden angewachsen sein. Der Monat Mai allein zeigte schon eine Steigerung von 70 Prozent gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres. Wenn nun auch bei weitem der geringste Teil des Elektrizitätsverbrauchs auf Beleuchtungswecke entfällt, so ist dieser doch immer noch groß genug, um angesichts der Kriegslage eine Verringerung als nötig erscheinen zu lassen, und zwar ist beabsichtigt, die Verbrauchsziffer für die in den Haushaltungen zu Beleuchtungswecken verwendete Elektrizität auf 90 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu verringern. Ferner soll, da an manchen Stellen die durch Wasserkraft erzeugte Elektrizität nicht voll ausgenutzt ist, während andere Werke überlastet sind, ein Ausgleich in der Weise geschaffen werden, daß neue Fabriken dort angesetzt werden, wo überschüssige Kraft vorhanden ist.

Höchstpreis des Bieres. Nach einer Verfügung des Ministeriums des Innern darf untergärtiges Bier (Dänbier) vom 1. Juli 1917 an nur noch mit einem Stammwürzegehalt von 3—3½ Prozent hergestellt werden. Der Höchstpreis beträgt 24 Mark für 100 Liter.

Fürsorge für tuberkulöse Kinder. Die Versicherungsanstalt Württemberg hat in einem neuerdings erschienenen Erlaß darauf hingewiesen, daß sie sich auch im Jahre 1917 an den Kosten der Unterbringung tuberkulöser oder tuberkulosegefährdeter Kinder von unbemittelten Versicherten in Solbädern durch Beschaffung eines Beitrages beteiligen werde. Es wird zu den Kosten ein Zuschuß in Höhe von 25 Prozent des reinen Verpflegungsaufwandes gewährt. Bei Kindern von Kriegsteilnehmern werden ebenfalls 25 Prozent der Kosten ersetzt. Handelt es sich hierbei um Kinder eines versicherten Kriegsteilnehmers, so kommt ein Gesamtkostenersatz von 50 Prozent in Frage.

(S) Stuttgart, 28. Juni. (Vom Landtag) Der Finanzausschuss der Zweiten Kammer hielt heute Abend eine neue Sitzung ab. Er stimmte dem Entwurf des Finanzgesetzes in allen Teilen zu und erledigte die zurückgestellten Etatskapitel „Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer“. Dabei wurden in einem Antrag Hiller gefällige Maßnahmen verlangt, 1. daß Gesuche um Ermäßigung der Gewerbesteuer an keine Frist gebunden sind und für die zurückliegenden Kriegsjahre noch eingeleitet werden; 2. daß in gleicher Weise den Gebäudebesitzern die Steuerermäßigung zu Teil werde. Nach der Auskunft des Finanzministers ist dem Antrag in allen Teilen bereits willfahren, und zwar zu Ziffer 1 durch Anordnung des Ministeriums und zu Ziffer 2 durch eine Neuforderung von 200 000 Mark gerade für diesen Zweck. Der Antrag wurde deshalb, weil die Sache als erledigt anzusehen war, mit 8 gegen 3 Stimmen abgelehnt.

Stuttgart, 28. Juni. (Tagung des Co. Prehverbandes.) Der Co. Prehverband für Württemberg hielt am 28. Juni in Stuttgart seine Vertreter- und Mitgliederversammlung ab, die außerordentlich stark besucht war. In der Vertreterversammlung am Vormittag vertrat der Verband der Preh-Händler über die wesentliche Tätigkeit im verflochtenen Geschäftsjahr. Neben der eigenen Arbeit, dem Dienst an der Presse, ging die besondere Anwesenheit in der letzten Zeit in vollem Umfang weiter. Die mit Kriegsausgang eingeleitete Mittelstelle für Feld- und Feldmarken-Bücherei hat nunmehr in 2982 Sendungen 243 054 Bücher an Feldheer-

Unsere Zeitung bestellen!



